

V0275/22

TCR-Verfahren anstelle weiterer Belastungen der Mailinger und Feldkirchener Bürger durch Monoverbrennung in der MVA
-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 28.03.2022-

Stadtrat vom 26.07.2022

Der Gemeinschaftsantrag V0225/22, der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion V0275/22 und der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0657/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf die Diskussion in der letzten Verbandsversammlung und die vorliegenden Anträge mehrerer Parteien. Im September 2020 sei das erste Mal bei der MVA vorgestellt worden, dass Städte über 100.000 Einwohnern ab dem Jahr 2029 den Klärschlamm nicht mehr mitverbrennen dürfen, sondern künftig das Phosphat herausfiltern müssen. Hierfür brauche man eine Lösung. Ein in Auftrag gegebenes Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass eine Monoverbrennung die beste Lösung sei. In der Folge entbrannte eine Diskussion im Ortsteil Mailing-Feldkirchen: Die Bürger hielten dies für keine gute Idee. Mittlerweile seien zwei Jahre vergangen, jetzt gebe es neue technische Verfahren. Die Forschung mache auf diesem Gebiet Quantensprünge, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Es seien neue Verfahren entwickelt worden, welche nun auch zur Verfügung stehen, damit eine Umsetzung bis zum Jahr 2029 gewährleistet sei. Aufgrund der Diskussion der Bürger habe man vor allem in den Ortsteilen darauf hingewiesen, dass Alternativen geprüft werden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass es sich heute um keine technische Debatte handelt, da eine endgültige Lösung noch nicht gefunden sei. Er informiert, dass man sich in der nächsten Sitzung der ZKA auch mit einem österreichischen Verfahren befassen werde. Als Beschlussfassung schlägt Oberbürgermeister Dr. Scharpf vor, dass der Stadtrat eine Weisung an die Verbandsräte erteilt und sie beauftrage, dass sie sich künftig in den Zweckverbandsversammlungen der ZKA gegen die Weiterverfolgung einer Monoverbrennung am Standort Mailing aussprechen.

Mit allen Stimmen:

Der Stadtrat erteile eine Weisung an die Verbandsräte und beauftragt diese, sich künftig in den Zweckverbandsversammlungen der ZKA und der MVA gegen eine Weiterverfolgung einer Monoverbrennung am Standort Mailing auszusprechen.